

Eupen, den 25.09.2023

Rede

(23-24) Dok. 25 Regierungserklärung

Meine Damen und Herren,

es ist bald vorbei.

Einige Regierungsmitglieder erkennen dies und haben angekündigt, das sinkende Schiff zu verlassen.

Andere überlegen es sich noch, denn die Angst vom Wähler abgestraft zu werden, ist spürbar.

Dieses Gefühl der Unsicherheit innerhalb der Regierung begleitete, auch in der Regierungserklärung der vergangenen Woche, die Rede des Herrn Paasch.

Abgesehen von der üblichen Lobhudelei war wenig Neues zu erfahren.

Schwach, kraftlos – die Angst vor dem kommenden Wahlgang spürte man sehr deutlich.

Und diese Angst ist begründet.

Nie zuvor wurden solche Schuldenberge angehäuft.

Nie zuvor standen so viele Fragezeichen im Raum.

Nie zuvor gab es solch eine Unsicherheit in der Bevölkerung.

Ob Inflation, demografischer Wandel, Arbeitskräftemangel, verunsicherte Jugendliche und junge Erwachsene, welche seit der Corona Krise mehr und mehr den Boden unter den Füßen verloren haben.

Laut den Statistiken von belgischen Krankenkassen ist die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, welche Antidepressiva nehmen, in den letzten Jahren um 60% angestiegen. Eine Erklärung für die Zunahme sind die Corona-Maßnahmen der Regierungen.

Kindern Angst machen, sie würden Ihre Großeltern in Gefahr bringen, Kinder vom sozialen Leben ausschließen: Das alles haben Sie mit zu verantworten.

Sie alle – nicht nur die Regierung, auch die Mehrheitsparteien und Ecolo und die CSP. Sie alle haben unkritisch die föderalen Maßnahmen verteidigt und jede Form der Kritik diffamiert.

Ja, ganz am Anfang wusste man nicht wie man mit dem Virus umgehen sollte, da kann man noch einige Maßnahmen verstehen. Aber im Laufe der Monate hätte man eingreifen müssen.

Wir haben dazu eine ausführliche Arbeit hier im Parlament hinterlegt; die Abstimmung dazu steht noch aus.

Die ersten Reaktionen der Kolleginnen und Kollegen waren jedoch ernüchternd. Anstatt endlich – nachdem zahlreiche Studien auf dem Tisch liegen und belegen, welche Kollateralschäden die Corona-Maßnahmen verursacht haben - sich der Angelegenheit anzunehmen und zugeben dass Fehler, ja teilweise gravierende Fehler, passiert sind, macht man lieber die Augen zu und versucht durch Stillschweigen die Sache Ad Acta zu legen.

Mit keiner Silbe geht Herr Paasch in seiner mehr als einstündigen Rede darauf ein.

Dabei war er es, der noch im Winter 2021 – fast 2 Jahre nach dem Auftreten des Virus – eine flächendeckende 2G-Regelung forderte. Er sagte, 2G sei der richtige Weg. Und dies, nachdem bereits zahlreiche Studien ein Umdenken belegten und hunderte von Medizinern, Wissenschaftlern und belgischen Kinderärzten in öffentlichen Briefen die Regierungen warnten. Und dies bereits im Sommer 2020.

Aufgrund der 3G-Regel wurden Menschen dazu genötigt sich impfen zu lassen. Die Gesellschaft wurden gespalten und wir können dankbar sein, dass die Forderung von Herrn Paasch nach einer flächendeckenden 2G-Regelung nicht eingeführt wurde. Nicht auszudenken welche weitere Schäden entstanden wären.

Rückblickend muss man sagen: Politischer Aktionismus bestimmte das Tagesgeschehen. Auch die durch die Regierungen verbreitete Angstkampagnen fruchteten, so dass kaum jemand die neue Impfung hinterfragte. Und die Folgen sind sichtbar.

Aber kaum jemand redet über Impfschäden und wie man den Betroffenen helfen kann.

Der deutsche CDU-Politiker und ehemaliger NRW-Ministerpräsident Armin Laschet forderte vor einigen Monaten eine kritische Aufarbeitung der Corona-Politik in Deutschland. Er sagte: "Mit den Corona-Schutzverordnungen haben wir eine Regelungswut an den Tag gelegt, die im Rückblick völlig überzogen war."

Auch bezüglich den Impfungen äußert er sich: "Im Nachhinein hätte man sagen müssen, offen und klar, es gibt auch Nebenwirkungen."

Laschet beklagt einen Druck auf Ungeimpfte und eine schwarz-weiß geführte Debatte. Auch sagte er, die Politik habe zu wenig über Nebenwirkungen der Corona-Impfung geredet. Es habe wissenschaftliche Stimmen gegeben, welche nicht gehört wurden, so Laschet.

Vor einem Jahr gab es den Ruf von nach einer unabhängigeren Evaluation der belgischen Coronapolitik, von zirka hundert Akademikern und Wissenschaftlern.

Sie schrieben: "Denn die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um das Virus kurzfristig unter Kontrolle zu bringen, haben auch indirekte, langfristige Auswirkungen mit sich gebracht. Und manchmal erwiesen sich diese Auswirkungen als schwerwiegender als erwartet.

Das psychische Wohlbefinden der Bevölkerung hat einen Schlag erlitten. In der Schule gab es unbestreitbare Lerndefizite, vor allem bei den Schwächsten, mit nachhaltigen Auswirkungen auf ihren Wohlstand und ihre Gesundheit. Ältere Menschen haben wertvolle Zeit in Einsamkeit verbracht, manchmal bis zum Tod."

Auch gehen die Wissenschaftler auf die Sonderausschüsse, welche zur Aufarbeitung eingesetzt wurden, ein. Sie schreiben: "Zwar haben bereits Teilbewertungen von

Aspekten der Reaktion auf Covid-19 stattgefunden, unter anderem in den verschiedenen Parlamenten unseres Landes.

Diese waren zwar nützlich, aber nicht ausreichend. [...] und zu stark auf virologische und epidemiologische Aspekte ausgerichtet. [...] Darüber hinaus waren diese Analysen häufig stark politisch gefiltert, nach Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Regierungen zersplittert und nicht ausreichend auf die dennoch verfügbaren Daten gestützt. Infolgedessen blieb ihre Wirkung begrenzt."

Bereits im August 2020 schrieben Medizinprofessoren, Ärzte und Vertreter der Zivilgesellschaft in einem offenen Brief an die Zeitung Le Soir: "Die Wirksamkeit der Maßnahmen, die zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus ergriffen wurden, muss bewertet werden. Es gibt Hinweise darauf, dass Länder, die nicht so restriktive Maßnahmen wie wir ergriffen haben, nicht mit einer anderen Sterblichkeit konfrontiert waren, ganz im Gegenteil. Die Fakten haben nie eine der katastrophalen Schätzungen der Todeszahlen einiger Biostatistiker bestätigt, genauso wenig wie sie die erhofften Auswirkungen der Eindämmung bestätigen konnten."

Die Folgen der Maßnahmen bezeichnen die Autoren teilweise als gravierend: Auf psychosozialer Ebene hat die Eindämmung häusliche Gewalt und Kindesmisshandlung hervorgebracht.

Aus medizinischer Sicht haben die Lock-Downs zu einer erhöhten Sterblichkeit bei anderen Krankheiten geführt. Neuere Daten schätzen diese Übersterblichkeit auf mindestens 30 % der gesamten Übersterblichkeit.

Die Präventivmedizin konnte nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden, insbesondere die Krebsdiagnosen gingen um die Hälfte zurück, mit einer ebenfalls erwarteten Übersterblichkeit.

Die Justiz wurde zum Stillstand gebracht, mit negativen Folgen für viele Opfer. Justiz und Polizei wurden von ihren eigentlichen Aufgaben abgezogen, um Regierungsanweisungen durchzusetzen.

Sie alle haben sich mitschuldig gemacht – und das sollten man nie vergessen.

Und ein Teil der Bevölkerung wird es nie vergessen,
dass Ihre Eltern und Großeltern alleine sterben mussten;
dass sie genötigt und beleidigt wurden;
dass man ihnen das Recht auf Leben genommen hat.

Herr Paasch,

Sie haben letzte Woche mehr als eine Stunde geredet. Eine ganze Stunde! Und mit keiner Silbe sind sie auf diese dunkle Zeit eingegangen.

Auch das ist eine Aussage.

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen von dem Thema Corona und der Impfung nichts mehr hören. Es ist ein zutiefst menschliches Vorgehen, schlechte Erinnerungen zu verdrängen.

Aber politisch muss dies aufgearbeitet werden. Das sind wir den Menschen schuldig.

Wie sagte es treffend die Professorin für Verfassungsrecht, Anne-Emmanuelle Bourgaux, im Frühjahr dieses Jahres in einem Interview: "Man muss auf die Bewertung dieses .Krisenmanagements zurückkommen", denn "wir befinden uns in einem Umfeld, das aus Krisen besteht" und es besteht die Gefahr, dass der während des Covid-19 durchgeführte Prozess wiederaufgenommen werde, obwohl "man vieles besser machen kann".

Meine Damen und Herren,

mit unserem Resolutionsvorschlag zur Aufarbeitung der Corona Maßnahmen liegt eine Arbeit auf dem Tisch. Lesen sie ihn. Hinterfragen Sie ihn. Beschäftigen Sie sich damit. Aber ignorieren? Das dürfen Sie nicht und das können Sie auch nicht, denn sie haben es geschehen lassen und mitgetragen.

Meine Damen und Herren,
die wahrscheinlich letzte Regierungserklärung von Herrn Paasch, in dieser Regierung. Dass das Experiment ProDG, PFF und SP gescheitert ist, bestätigen sogar Ihre Anhänger.

Die Mehrheitsparteien sind einfach nicht auf dem Boden geblieben.
Die Regierung hat Gelder verplant, welche sie hoffte zu erhalten.
Bereits 2009 habe ich Ihnen klar und deutlich anhand von Zahlen und Fakten erklärt, dass ohne ein Umdenken die DG in eine Verschuldungsspirale hineinschlittern werde.

Jetzt ist sie da – und die 1 Milliarde Schuldenhöhe steht kurz bevor.

Und endlich ist in der Bevölkerung eine deutliche Abkehr von dieser Regierung spürbar.

Diese Abkehr war bereits 2019, also vor vier Jahren, da.
Wir sollten nicht vergessen, dass die Mehrheit der Wähler dieser Regierung nicht ihr Vertrauen gegeben hat.

Mehr Wählerinnen und Wähler haben den drei Oppositionsparteien ihre Stimme gegeben, als der Mehrheitskoalition. Das ist Fakt. Ganz zu schweigen von den Weißwählern, welche sicherlich kein "weiter so" forderten.

Eine Regierungspartei wurde sogar als schwächste Fraktion vom Wähler abgestraft: die großen Wahlverlierer, die PFF.

Aber selbst dieses Votum führte nicht zu einem Umdenken. Der eigene Trieb zum Machterhalt setzte sich über demokratische Wahlen. Durch die Angst getrieben, hat man natürlich auf Ideen und Kritiken der Opposition reagiert.

Ein Verbeamtenstopp, ein Einstellungsstopp: sogar eine Ausweitung dieser Maßnahmen scheint geplant.
Unsere Arbeit scheint also Früchte zu tragen.

Kommen wir nun zu den Missständen in der DG.

Wir waren mal ein zweisprachiges Gebiet. Das ist längst Geschichte. Und sicherlich kein Ruhmesblatt für die ProDG, welche seit fast 20 Jahren für das Unterrichtswesen zuständig ist.

Auch wenn Sie gleich mit Studien kommen, dass hier eine Besserung im Gange ist: Wenn Sie mit jungen Menschen sprechen, mit Ausbildern und Unternehmern, also Menschen der Basis, dann sind die Aussagen klar.
Dabei bietet das Unterrichtswesen zahlreiche Möglichkeiten um eben dies anzugehen. Und wenn wir es richtig angepackt hätten, dann könnten wir sogar ein dreisprachiges Gebiet sein.

Aufzählen möchte ich hier auch das sinkende generelle Bildungsniveau. Lehrkräfte berichten, dass Sekundarschüler im dritten Jahr nicht richtig lesen und schreiben können.

Da fragt man sich, wie es soweit kommen konnte - und wie die Schüler es bis dahin geschafft haben.

Dann: Wir wurden und wir werden seitens des Föderalstaates mit erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattet. Aber anstatt Vorsicht walten zu lassen, behutsam und mit Bedacht zu investieren und zu bauen, wurden vor 20 Jahren prestigeträchtige Bauten in den Vordergrund gestellt. Eine Liste der Beispiele habe ich Ihnen bereits vor 14 Jahren aufgezählt.

Die Regierung Lambertz und Paasch und später die Regierung Paasch (Lambertz) sind es nie bescheiden angegangen. Maßhalten war für beide ein Fremdwort. Und dies rächt sich - auch dies kann niemand leugnen.

Wenn es um neue, weitere Zuständigkeiten geht, muss man auch von den Folgen sprechen. Natürlich wäre es schön, wenn man alles - passgenau auf unser Gebiet zugeschnitten - selbst verwalten und gestalten könnte, nur:
Das alles muss auch gemacht werden,
und bezahlt,
und kontrolliert,
denn der Klüngel spielt nach wie vor eine unrühmliche Rolle in der DG.

Finanzielle Mittel abzutreten, wird sicherlich seitens der Wallonische Region als schwierig erachtet. Die Wallonische Region hat mehr als 30 Milliarden Euro Schulden. Wir in der DG haben fast 800 Millionen. Und der Föderalstaat hat mehr 580 Milliarden Schulden. Und die Lage ist laut Aussagen von belgischen Volkswirten besorgniserregend.

Vor zwei Wochen schrieb der Volkswirt Bart Van Craeynest dazu einen lesenswerten Artikel im L'Echo mit dem Titel: "Wenn wir nichts unternehmen, werden unsere Staatsschulden explodieren".

Durch die steigenden Kosten für die Alterung der Gesellschaft seien die Auswirkungen enorm.

Ohne strukturelle, tiefgreifende Reformen könne die Staatsverschuldung bis 2070 400% des BIP betragen. Er beschreibt in dem Artikel auch, was zu tun wäre: Wenn es gelingen würde, das Defizit bis 2030 zu beseitigen und anschließend einen ausgeglichenen Haushalt zu wahren (d. h. auch die Kosten der Bevölkerungsalterung aufzufangen), könnten wir die Staatsverschuldung auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren. Dies würde eine Haushaltsanstrengung von etwa 5% des BIP bis 2030 erfordern. In den letzten 40 Jahren hat keine Regierung jemals eine solche Haushaltsanstrengung unternommen.

Untätigkeit ist in jedem Fall keine Option mehr.

Der gleiche Mann sagt in einem GrenzEcho Interview: "Ja, viele Politiker sind sich dieser Analyse bewusst, aber es passt nicht in die Strategie der Parteien, jetzt einzugreifen."

Meine Damen und Herren,
und die Parteien - ob regional, föderal oder hier in Eupen - welche uns in diese missliche Lage gebracht haben, sollen es richten?

Nein.

Und dies ist nicht nur ein Thema für die Haushaltsdebatten, denn wie, Herr Paasch, wollen Sie denn all die neuen Projekte finanzieren?
Durch immer neue Schuldscheine etwa?

Ja, die Karre steckt im Dreck: in Brüssel, in Namur und hier in Eupen.
Und ohne ein Umdenken kann es gefährlich für die Staatsfinanzen werden.

Meine Damen und Herren,
ich möchte noch kurz auf die Klüngel-Affäre eingehen. Herr Paasch bemerkte dazu in der letzten Kontrollsitzung: "Ich habe mich nie an irgendwelchen parteipolitischen Ernennungen beteiligt."

Eine interessante Aussage.
"Nicht Beteiligt", was so viel bedeutet wie: "es hat welche gegeben, ich habe es geschehen lassen, andere machen lassen". Vielleicht auch: "ich habe es geduldet".

Eine deutliche Aussage. Aktuelle Zuschriften von Bürgern bestätigen dies.

Der Schuldenberg ist fast auf 800 Millionen Euro angestiegen.
Die eine Milliarde Grenze wird bald überschritten sein.
Die Zinsen sind auf einem 20-Jahreshoch.

Aber für die Brüder und Schwestern in der Gosperstraße scheint dies kein Alarmzeichen zu sein.

Nein, das alte Rezept der Rhetorik wird dem Redenschreiber aufgebürdet.
Die externen Faktoren sind für alles schuld.
Wir können für nichts, mussten nur reagieren.

Was nützt es hier, mehr als eine Stunde von Projekten zu sprechen, wenn kein Geld da ist.
Man kann sich alles schönreden.

Ja, es gibt externe Faktoren, aber seit 14 Jahren können wir uns dazu immer nur dasselbe anhören: Krisen und Krisen werden angeführt, um eine immer mehr dilettantische Erklärung abzuliefern – dass man selbst für nichts kann.

Es ist bald vorbei. Ihr seid schon längst am Ende mit Eurem Latein.

Wir müssen nicht nur Umdenken.
Wir müssen einen Neubeginn starten.

Herr Paasch,
Sie sind der Schuldenminister.
Sie sind der Minister, der beim Klüngel ein Auge zudrückt.
Sie sind mitverantwortlich für eine Spaltung der Gesellschaft in der Corona-Zeit.

Meine Damen und Herren,
Ostbelgien hat Besseres verdient als Paasch und Co.

Michael Balter
Vivant-Fraktion